

Anforderungen der jungen Generation an einen nachhaltigen Generationenvertrag

Gemeinsamer Standpunkt der jungen Wirtschaftsverbände

Startpunkt

Die Bundesregierung hat die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ eingesetzt, um einen Vorschlag für die Weiterentwicklung des Rentensystems nach 2025 zu erarbeiten. Diesem Auftrag kommt eine große Bedeutung zu, da das Rentensystem durch den demographischen Wandel vor großen Herausforderungen steht. In den kommenden Jahren wird sich das Verhältnis zwischen Rentnern und Erwerbstätigen, die über Rentenbeiträge und Steuern die Renten finanzieren, verschlechtern, da die Baby-Boomer dann in Rente gehen. Die Generation der Baby-Boomer muss selbst vorsorgen, die jüngere Generation kann ihre Rentenlast nicht schultern. Aufgabe der Kommission ist es aus unserer Sicht, einen finanziell tragfähigen neuen Generationenvertrag auszuarbeiten, der die Interessen aller Generationen berücksichtigt. Die Interessen der jungen Generation dürfen dabei nicht unter die Räder kommen, auch wenn sie zunehmend die Minderheit der wählenden Bevölkerung darstellt.

Offene Diskussion über längere Lebensarbeitszeit

Zur Neugestaltung des Rentensystems bleiben zunächst die vier großen Stellschrauben Lebensarbeitszeit, Rentenbeitragssatz, Rentenniveau und Steuerzuschuss zur Rentenversicherung. Zusätzlich können begleitende Maßnahmen wie beispielsweise eine höhere Fachkräfteeinwanderung beschlossen werden, die die Kosten des demographischen Wandels dämpfen können.

Aus unserer Sicht es ist für das Zustandekommen eines nachhaltigen neuen Generationenvertrags, der die Interessen aller Generationen berücksichtigt, zwingend nötig, auch über eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit zu sprechen. Tendenzen einiger Koalitionspolitiker, diese Stellschraube von Anfang an auszuklammern, sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Die Mehrheit der Senioren ist heute viel fitter und aktiver als dies in der Vergangenheit der Fall war. Generationengerecht kann ein neuer Generationenvertrag nur sein, wenn er auch längere Lebensarbeitszeiten einschließt. Sonst werden die finanziellen Kosten der wünschenswerten Entwicklung, dass die Menschen in Deutschland immer länger leben, einseitig zu Lasten der jungen Generation verteilt.

Aus unserer Sicht wäre zum Beispiel eine Lösung denkbar, in der das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Dabei könnte das Verhältnis 2/3 zu 1/3 lauten: Von drei zusätzlichen Lebensjahren müssten dann zwei Jahre länger gearbeitet werden, während sich die Rentendauer um ein Jahr erhöht.

Weiterer Handlungsbedarf

Je besser es uns als Gesellschaft gelingt, die Kosten des demographischen Wandels von vornherein zu dämpfen, desto eher werden Verteilungskonflikte vermieden, in denen die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Es ist Nonsens anzunehmen, dass jede neue Rentenleistung eine Gerechtigkeitslücke schließt – vielmehr schafft sie neue Ungerechtigkeiten.

Aus unserer Sicht sollte die Rentenkommission der Bundesregierung deshalb auch die folgenden Maßnahmen betrachten:

- **Mehr Beitragszahler durch ein qualifikationsorientiertes Zuwanderungsgesetz**
Die Zuwanderung von gut ausgebildeten Arbeitskräften kann dabei helfen, die dramatischen Folgen des demographischen Wandels für den Arbeitsmarkt abzufedern.
- **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
Die Betreuungsinfrastruktur spielt bereits bei der Erwägung, eine Familie zu gründen, eine wichtige Rolle und beeinflusst daher das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern. Eine gute Kinderbetreuung stellt sicher, dass beide Eltern arbeiten können, wenn Sie dies wünschen, und dass Alleinerziehende nicht vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.
- **Mehr Möglichkeiten zum flexiblen Renteneintritt schaffen**
Die Flexirente muss noch attraktiver werden. Der Renteneintritt sollte nicht vom Staat bestimmt, sondern an die individuelle Leistungsfähigkeit gekoppelt sein. Wer länger arbeiten will, sollte dafür belohnt werden.
- **Mütterrente abschaffen**
Ihre Abschaffung würde die Rentenkasse entlasten, sodass mehr Mittel zur Bewältigung des demographischen Scheitels zur Verfügung stehen würden.
- **Rente mit 63 abschaffen**
Diese verursacht nicht nur hohe Kosten, sondern entzieht dem deutschen Arbeitsmarkt Fachkräfte und schwächt so das Wirtschaftswachstum.
- **Pensionssystem an die gesetzliche Rente anpassen**
Alle Änderungen, die zur Anpassung an den demographischen Wandel in der gesetzlichen Rente vorgenommen wurden (z. B. demographische Faktor), sind auf das Pensionssystem zu übertragen.
- **Betriebliche und private Altersvorsorge stärken**
Neben der gesetzlichen Rentenversicherung ist die private Vorsorge eine gute Ergänzung zur Absicherung künftiger Rentner. Dies umso mehr, da am Aktienmarkt mittel- und langfristig hohe Renditen erzielt werden können. Es wäre fahrlässig, diese Möglichkeit zur Stärkung der Altersvorsorge nicht zu nutzen.

Stand: 28. August 2018

Die Jungen Unternehmer

DIE JUNGEN UNTERNEHMER sind das Forum für junge Familien- und Eigentümerunternehmer bis 40 Jahre. Unter dem Motto Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung bezieht der Verband klar Stellung für eine wettbewerbsorientierte und soziale Marktwirtschaft sowie gegen überflüssige Staatseingriffe. Die Verbandsmitglieder sind Inhaber oder Gesellschafter eines Unternehmens

Die Wirtschaftsjuvenen Deutschland (WJD)

Die Wirtschaftsjuvenen Deutschland (WJD) bilden mit mehr als 10.000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Wirtschaft den größten deutschen Verband von Unternehmern und Führungskräften unter 40 Jahren. Bei einer Wirtschaftskraft von mehr als 120 Mrd. Euro Umsatz verantworten sie rund 300.000 Arbeits- und 40.000 Ausbildungsplätze.

Der Junge Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist ein branchenübergreifender Unternehmerverband mit Mitgliedern im Alter bis zu 35 Jahren, eingebettet in den Wirtschaftsrat der CDU e.V. Wie kein anderer ermöglicht dieser den direkten Austausch zwischen Wirtschaft und Politik auf Entscheidungsebene.